



# Bericht

des Beauftragten  
der Sächsischen Staatsregierung  
für das Jüdische Leben.



Berichtszeitraum 5785/2025



## INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung .....	2
Jüdisches Leben in Sachsen – zur aktuellen Situation der Gemeinden .....	4
Jüdische Kultur in Sachsen – Struktur und Finanzierung .....	9
<i>Exkurs:</i> Die Kulturstiftung des Freistaates als zentraler Förderer jüdischer Kultur in Sachsen.....	10
<i>Exkurs:</i> Die Holger-Koppe-Stiftung – wichtiger Partner in der Förderung von Projekten zur jüdischen Kultur in Sachsen .....	12
Das Netzwerk „Jüdisches Sachsen“ – eine tragfähige Plattform für Vernetzung, Sichtbarkeit und Stärkung jüdischen Lebens .....	14
Ausgewählte Akteure und Aktivitäten mit besonderer Beachtung der ländlichen Regionen .	17
Aus der Arbeit des Beauftragten: Austausch mit einer Delegation aus Israel .....	21
Antisemitismus in Sachsen. Aufklärung, Prävention und Bekämpfung .....	23
Antisemitismusbeauftragte an sächsischen Hochschulen .....	27
Fachnetzwerk gegen Antisemitismus in Sachsen .....	28
Aktuelle Formen des Antisemitismus als neue Herausforderung .....	30
Der Expertenrat beim Beauftragten .....	32
Tagung der Gemeinsamen Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens (BLK) in Dresden .....	35
Zusammenarbeit des Beauftragten mit der Staatsregierung und dem Parlament .....	37
Anregungen an die Staatsregierung .....	40

## Einleitung

Auch im Jahr 2025 wurde die Förderung jüdischen Lebens sowie die Bekämpfung und Prävention von Antisemitismus konsequent weiterentwickelt und vertieft. Trotz anhaltender gesellschaftlicher Spannungen, der fortwirkenden Folgen des Terrorangriffs der Hamas vom 7. Oktober 2023 und eines weiterhin hohen Niveaus von israelbezogenem Antisemitismus hat der Freistaat Sachsen klare Signale der Solidarität und der aktiven Unterstützung gesetzt.

Ein besonders erfreuliches und in der Öffentlichkeit sichtbares Zeichen war die Verleihung des Sächsischen Verdienstordens an den Vorsitzenden der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, Kuf Kaufmann, am 17. Juni 2025 durch Landtagspräsident Alexander Dierks. Die Auszeichnung würdigt das langjährige Engagement von Kuf Kaufmann als Brückenbauer zwischen jüdischem und nichtjüdischem Leben sowie seine Verdienste um den interreligiösen und interkulturellen Dialog, die Förderung jüdischer Kultur und die entschlossene Auseinandersetzung mit Antisemitismus.

Kuf Kaufmann steht beispielhaft für das lebendige und zukunftsorientierte jüdische Engagement in Sachsen. Ein Engagement, das weit über Leipzig hinausstrahlt und dem gesamten Netzwerk jüdischen Lebens im Freistaat zugutekommt.

Wichtige Themenschwerpunkte 2025 waren die Fortführung der Förderung und Unterstützung der jüdischen Gemeinden in Sachsen und die intensive Vorbereitung des Themenjahres „TACHELES – Jahr der jüdischen Kultur in Sachsen 2026“.

Das Themenjahr wurde am 14. Dezember 2025 zum Beginn des Chanukka-Festes von Ministerpräsident Michael Kretschmer im Beisein des israelischen Botschafters S. E. Ron Prosor und weiterer hochrangiger Gäste in einem festlichen Rahmen eröffnet.

Die enge Zusammenarbeit des Beauftragten mit dem Expertenrat, die erfolgreiche Durchführung der Tagung der Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens in Dresden und die ressortübergreifenden Abstimmungen innerhalb der Staatsregierung haben gezeigt, dass eine nachhaltige Wirkung nur durch das vertrauensvolle Zusammenspiel von politischer Führung, parlamentarischem Engagement, Verwaltung und Zivilgesellschaft erreicht werden kann.

Der vorliegende Bericht dokumentiert diese vielfältigen Entwicklungen und wirft zugleich einen Blick auf die Herausforderungen, die auch für 2026 bestehen bleiben. Der Bericht versteht sich als Rechenschaftslegung des Beauftragten der Sächsischen Staatsregierung für das Jüdische Leben (nachfolgend: Beauftragter) und als Impulsgeber für die weitere Arbeit im Freistaat Sachsen.

## **Jüdisches Leben in Sachsen – zur aktuellen Situation der Gemeinden**

Zur Erhebung der aktuellen Situation der jüdischen Gemeinden, die dem Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden K. d. ö. R. angehören, wurde vom Beauftragten ein umfassender Fragebogen entwickelt, der ein breites Spektrum an Themenbereichen abdeckt und sowohl strukturelle als auch inhaltliche Aspekte des Gemeindelebens berücksichtigt. Die Umfrage richtete sich an die Vorsitzenden der Gemeinden, die sich in einer gemeinsamen Antwort äußerten.

Im Mittelpunkt der Abfrage stehen zunächst die allgemeinen Rahmenbedingungen der Gemeinden, insbesondere die Entwicklung der Mitgliederzahlen, die Altersstruktur sowie die Einbindung neuer Mitglieder und Zugewanderter. Auch das ehrenamtliche Engagement innerhalb der Gemeinde sowie die Zusammenarbeit zwischen Gemeindeleitung, Rabbinat und Mitgliedern werden erfasst.

Ein weiterer zentraler Bestandteil des Fragebogens betrifft das religiöse Leben. Hierzu zählen die Regelmäßigkeit und Qualität der Gottesdienste, die Verfügbarkeit religiöser Betreuungspersonen, die Teilnahme der Mitglieder an religiösen Angeboten sowie die Durchführung religiöser Feste und Feiertage. Ergänzend werden auch religiöse Bildungsangebote sowie der Zugang zu koscheren Lebensmitteln und rituellen Materialien abgefragt.

Darüber hinaus widmet sich der Fragebogen ausführlich dem sozialen Leben und den inneren Strukturen der Gemeinden. Erfasst werden unter anderem soziale Angebote für ältere Menschen, Angebote für Kinder, Jugendliche, Familien und junge Erwachsene sowie Möglichkeiten zur Begegnung und zum Austausch innerhalb der Gemeinde. Ebenso wird die Unterstützung bei sozialen oder persönlichen Problemen thematisiert.

Ein weiterer Themenkomplex umfasst kulturelle, Bildungs- und Freizeitaktivitäten. Hierbei geht es um die Vielfalt und Nutzung kultureller Veranstaltungen, Bildungsangebote zur jüdischen Geschichte und Gegenwart sowie Kooperationen mit nichtjüdischen Institutionen. Auch die Sichtbarkeit jüdischen Lebens im öffentlichen Raum und die Nutzung digitaler Angebote werden berücksichtigt.

Die finanzielle und organisatorische Situation bildet einen weiteren Schwerpunkt. Abgefragt werden die allgemeine finanzielle Lage, die Planungssicherheit, die Unterstützung durch öffentliche Stellen sowie der Verwaltungsaufwand und die bürokratische Belastung. Ergänzend wird auch der Zustand von Gebäuden und Infrastruktur thematisiert.

Ein besonders sensibler Bereich ist die Sicherheit. Der Fragebogen unterscheidet hierbei zwischen der Sicherheit innerhalb der Gemeinden und der Sicherheit im Alltag der Mitglieder. Erfasst werden unter anderem die Sicherheitslage der Gemeindegebäude, die Angemessenheit bestehender Schutzmaßnahmen, die Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden sowie das Sicherheitsgefühl bei Veranstaltungen. Darüber hinaus wird das subjektive Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum, beim Tragen religiöser Symbole sowie das Vertrauen in staatliche Schutzmechanismen abgefragt.

Eng damit verbunden ist der Themenbereich antisemitischer Vorfälle und Erfahrungen. Hierzu gehören Fragen zur Häufigkeit und Schwere antisemitischer Vorfälle, zur Meldebereitschaft sowie zur Unterstützung nach solchen Ereignissen. Auch die Wahrnehmung gesellschaftlicher Solidarität wird berücksichtigt.

Mit Blick auf die Zukunftsperspektiven der Gemeinden werden die langfristige Zukunftsfähigkeit, die Attraktivität für kommende Generationen, die erwartete gesellschaftliche Entwicklung sowie eigene Handlungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Situation thematisiert. Ergänzt wird dieser Punkt durch Fragen zur Zusammenarbeit mit der Sächsischen Staatsregierung, insbesondere zur Erreichbarkeit politischer Ansprechpartner und zur Intensität des Austauschs.

Insgesamt ermöglicht der Fragebogen somit eine umfassende und differenzierte Analyse der Situation jüdischer Gemeinden, indem er strukturelle, religiöse, soziale, kulturelle, sicherheitsbezogene und politische Aspekte systematisch miteinander verknüpft.

Ausgehend von den vorliegenden Ergebnissen und unter Einbeziehung aktueller Entwicklungen zum jüdischen Leben in Sachsen lässt sich ein übertragbarer Gesamtbefund für jüdische Gemeinden im Freistaat formulieren, der sowohl interne Strukturen als auch äußere Rahmenbedingungen berücksichtigt.

Die allgemeinen Rahmenbedingungen der jüdischen Gemeinden in Sachsen sind insgesamt von einer gewissen Ambivalenz geprägt. Einerseits bestehen stabile organisatorische und gemeinschaftliche Strukturen, andererseits zeigen sich deutliche demografische Herausforderungen. Viele Gemeinden stehen vor dem Problem einer fortschreitenden Überalterung sowie eines Rückgangs der Mitgliederzahlen. Jüngere Generationen sind häufig unterrepräsentiert oder wandern nach Ausbildungs- und Studienphasen ab, was langfristig Auswirkungen auf die Vitalität des Gemeindelebens hat. Gleichzeitig gelingt es vielerorts vergleichsweise gut, neue Mitglieder zu integrieren. Das ehrenamtliche Engagement sowie die interne Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinden werden dabei überwiegend als tragende Säulen wahrgenommen.

Das religiöse Leben stellt in nahezu allen Gemeinden einen besonders stabilen und positiv bewerteten Kernbereich dar. Gottesdienste, religiöse Betreuung sowie Bildungsangebote sind gut organisiert und werden aktiv genutzt. Religiöse Traditionen und Feste werden verlässlich gepflegt und tragen wesentlich zur Identität und Kontinuität der Gemeinden bei. Auch die infrastrukturellen Voraussetzungen, etwa der Zugang zu religiösen Materialien oder koscheren Lebensmitteln, sind in der Regel gesichert.

Im sozialen Bereich zeigt sich ein differenziertes Bild. Besonders die Betreuung älterer Gemeindemitglieder sowie die Unterstützung in sozialen Notlagen funktionieren vielfach sehr gut und werden als intensiv und verlässlich beschrieben. Gleichzeitig bestehen strukturelle Defizite bei Angeboten für bestimmte Zielgruppen, insbesondere für Familien und junge Erwachsene. Diese Lücke wird von vielen Gemeinden als zentrales Problem erkannt, da sie eng mit der Frage der langfristigen Bindung jüngerer Mitglieder zusammenhängt. Angebote für Kinder und Jugendliche sind zwar vorhanden, könnten jedoch häufig weiter ausgebaut werden. Auch die innergemeindlichen Austauschmöglichkeiten bewegen sich vielfach im mittleren Bereich.

Ein Schwerpunkt, der zugleich eine Stärke jüdischer Gemeinden ist, liegt im kulturellen und gesellschaftlichen Engagement. Vielfältige Veranstaltungen, Bildungsangebote sowie Kooperationen mit nichtjüdischen Institutionen tragen maßgeblich zur Sichtbarkeit jüdischen Lebens bei. Diese Aktivitäten werden auch von staatlicher Seite unterstützt, etwa durch Programme zur Förderung jüdischer Kultur und des interreligiösen

Dialogs. Solche Initiativen leisten einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration und zum Abbau von Vorurteilen. Gleichzeitig zeigt sich, dass die tatsächliche Teilnahme sowie die Nutzung moderner, digitaler Formate noch Entwicklungspotenzial besitzen.

Die finanzielle Situation jüdischer Gemeinden in Sachsen ist insgesamt als stabil zu bewerten. Ein wesentlicher Faktor ist dabei die verlässliche Unterstützung durch den Freistaat. Der Vertrag des Freistaates Sachsen mit dem Landesverband Sachsen der jüdischen Gemeinden<sup>1</sup> bedeutet Planungssicherheit für die Gemeinden und die strukturelle Stärkung jüdischen Lebens. Dennoch bestehen punktuelle Herausforderungen für die Gemeinden, insbesondere im Bereich von Bau- und Sanierungsmaßnahmen sowie bei steigenden Anforderungen an die Sicherheit und Verwaltung.

Die Sicherheitslage stellt einen zentralen und zunehmend sensibleren Bereich dar. Während die Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden sowie der Schutz von Gemeindegebäuden überwiegend positiv bewertet werden, haben viele Gemeindemitglieder im Alltag ein hohes Gefühl der Unsicherheit. Studien und Einschätzungen aus der Forschung weisen darauf hin, dass Antisemitismus weiterhin ein präsenteres gesellschaftliches Problem darstellt und jüdisches Leben in Deutschland spürbar beeinträchtigen kann. Auch aktuelle Zahlen belegen, dass antisemitische Straftaten in Sachsen auf einem anhaltend hohen Niveau liegen, mit jährlich mehreren hundert registrierten Vorfällen. Dies führt dazu, dass viele Jüdinnen und Juden im Alltag vorsichtiger agieren und ihre religiöse Zugehörigkeit nicht immer offen zeigen.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass staatliche Institutionen ihre Anstrengungen im Kampf gegen Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens verstärken. So wurde die Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden und jüdischen Gemeinden intensiviert, um sowohl Präventions- als auch Schutzmaßnahmen zu verbessern. Auch Bildungsinitiativen, zum Beispiel in der Polizeiausbildung, sollen langfristig zu einem sicheren Umgang mit antisemitischen Vorfällen beitragen.

---

<sup>1</sup> Vertrag des Freistaates Sachsen mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden vom 7. Juni 1994 (SächsGVBl. S. 1346), der zuletzt durch den Staatsvertrag vom 9. Februar 2024 (SächsGVBl. S. 394) geändert worden ist.

In Bezug auf antisemitische Erfahrungen zeigt sich insgesamt ein widersprüchliches Bild: Während konkrete Vorfälle nicht in allen Gemeinden unmittelbar auftreten oder wahrgenommen werden, ist das Bewusstsein für eine erhöhte Bedrohungslage deutlich vorhanden. Gleichzeitig wird gesellschaftliche Solidarität, insbesondere nach einschneidenden Ereignissen, vielfach als stark und unterstützend erlebt.

Die Perspektiven jüdischer Gemeinden in Sachsen werden insgesamt vorsichtig bis zurückhaltend eingeschätzt. Die demografische Entwicklung, die strukturellen Herausforderungen sowie gesellschaftliche Unsicherheiten stellen zentrale Einflussfaktoren dar. Dennoch bestehen auch Handlungsspielräume: Durch gezielte Angebote für jüngere Zielgruppen, den Ausbau kultureller und digitaler Formate sowie die weitere Stärkung der Zusammenarbeit mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren können positive Impulse gesetzt werden.

Die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen wird von den jüdischen Gemeinden insgesamt als verlässlich und konstruktiv beschrieben. Ansprechpartner in Politik und Verwaltung sind gut erreichbar, und es bestehen funktionierende Kommunikationsstrukturen. Perspektivisch wird im Einzelfall der Ausbau des regelmäßigen Austauschs angeregt, um langfristig noch engere Kooperationen zu ermöglichen.

Im Ergebnis wird festgehalten, dass die jüdischen Gemeinden in Sachsen über stabile religiöse und kulturelle Strukturen sowie über eine solide institutionelle Unterstützung verfügen. Gleichzeitig stehen sie vor tiefgreifenden demografischen, sozialen und sicherheitsbezogenen Herausforderungen, die ihre zukünftige Entwicklung maßgeblich beeinflussen werden.

## **Jüdische Kultur in Sachsen – Struktur und Finanzierung**

Die Förderung und Sichtbarkeit jüdischer Kultur in Sachsen lassen sich nur verstehen, wenn man neben der Finanzierung vor allem die dahinterliegende Struktur betrachtet. Im Zentrum steht dabei ein Modell, das weniger auf einzelne Sponsoren oder zentrale Institutionen setzt, sondern auf ein breit angelegtes Netzwerk aus staatlichen, zivilgesellschaftlichen und lokalen Akteuren ausgerichtet ist. Dieses Netzwerk verbindet Projekte in großen Städten ebenso wie in kleineren Gemeinden und in ländlichen Regionen und bildet damit die eigentliche Grundlage für die Präsenz jüdischer Kultur im Freistaat.

Der Beauftragte der Sächsischen Staatsregierung für das Jüdische Leben nimmt hier eine zentrale Rolle ein, nicht primär als Geldgeber, sondern als koordinierende Schnittstelle zwischen Staat, jüdischen Gemeinden und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Zu den Kernaufgaben des Beauftragten gehören die Beratung der Staatsregierung, die Förderung von Bildungs- und Begegnungsformaten sowie die Vernetzung der zahlreichen beteiligten Akteure.

Aus dieser Funktion heraus wurde das Netzwerk „Jüdisches Leben in Sachsen“ aufgebaut. Ziel des Netzwerks ist, die Vielzahl an Initiativen, Vereinen, kulturellen Trägern, Bildungseinrichtungen und Gemeinden miteinander zu verbinden, mit dem Anliegen, jüdisches Leben im Freistaat Sachsen zu stärken, zu vernetzen und in seiner ganzen Vielfalt sichtbar zu machen. Das Netzwerk wird von der Geschäftsstelle des Beauftragten koordiniert und schafft einen organisatorischen Rahmen, in dem Informationen ausgetauscht, Projekte angestoßen und Kooperationen ermöglicht werden.

Im Weiteren wird auf das Kapitel „Das Netzwerk „Jüdisches Leben in Sachsen“ – eine tragfähige Plattform für Vernetzung, Sichtbarkeit und Stärkung jüdischen Lebens“, im Bericht ab Seite 14, verwiesen.

Ein wesentlicher Aspekt der jüdischen Kulturangebote in Sachsen ist die räumliche Ausdehnung über die großen Städte hinaus. Jüdische Kultur wird in Sachsen nicht ausschließlich in urbanen Zentren, sondern bewusst auch in kleineren Städten und ländlichen Regionen präsentiert.

Ausstellungen, Bildungsprojekte, Gedenkveranstaltungen und kulturelle Programme an historischen Orten oder in regionalen Einrichtungen sind einige Beispiele für die Präsentation jüdischer Kultur. Im Ansatz wird dabei das Ziel verfolgt, jüdisches Leben als integralen Bestandteil der gesamten sächsischen Geschichte und Gegenwart erfahrbar zu machen und nicht auf wenige kulturelle Zentren zu beschränken.

Die Förderung von jüdischen Kulturangeboten erfolgt überwiegend durch öffentliche Mittel des Freistaats Sachsen. Die Projektförderungen ermöglichen es einer Vielzahl von Akteuren, eigene Vorhaben umzusetzen. Private Finanzierungen durch Unternehmen oder Einzelpersonen spielen meist nur eine ergänzende Rolle.

Zusammenfassend wird deutlich, dass jüdische Kultur in Sachsen durch ein komplexes Zusammenspiel aus staatlicher Koordination, öffentlicher Förderung und zivilgesellschaftlichem Engagement getragen wird. Das Netzwerk „Jüdisches Leben in Sachsen“ und die Arbeit des Beauftragten bilden dabei das organisatorische Rückgrat. Sie verbinden die Vielzahl an Projekten miteinander und ermöglichen ihre Umsetzung auch über die großen Städte hinaus.

### ***Exkurs: Die Kulturstiftung des Freistaates als zentraler Förderer jüdischer Kultur in Sachsen***

Die Kulturstiftung des Freistaates Sachsen spielte auch im Jahr 2025 eine zentrale Rolle bei der Förderung jüdischer Kultur, der Erinnerungskultur sowie von Bildungsprojekten. Dabei agierte die Kulturstiftung nicht nur als finanzielle Unterstützerin, sondern auch als Koordinatorin und Multiplikatorin für innovative Projekte, die über klassische Kulturförderung hinausgehen. Die enge Zusammenarbeit der Kulturstiftung mit der Geschäftsstelle des Beauftragten und mit den Gemeinden zeigte, wie wichtig die gemeinsame Arbeit von privaten und öffentlichen Akteuren sowie staatlichen Einrichtungen für die Sichtbarkeit jüdischen Lebens in Sachsen ist.

Ein wesentlicher Förderschwerpunkt der Arbeit der Kulturstiftung lag auf der Projektförderung im Rahmen des Themenjahres „TACHELES – Jahr der jüdischen Kultur in Sachsen 2026“. Bereits 2025 flossen Mittel gezielt in Pilotprojekte, Konzeptionstreffen

und Vernetzungsformate, die das kommende Jahr vorbereiten sollten. Die Stiftung unterstützte sowohl etablierte Kulturinstitutionen in Leipzig und Dresden als auch kleinere Initiativen in Mittelsachsen und in der Oberlausitz.

Dadurch wurde eine breite regionale Abdeckung sichergestellt und ländliche Räume wurden eingebunden. Besonders wertvoll war dabei die Möglichkeit, kulturelle Projekte flexibel zu fördern. Damit konnten Initiativen auch kurzfristig auf lokale Bedarfe reagieren.

Die Kulturstiftung förderte 2025 zahlreiche Projekte im Bereich der Erinnerungskultur, die sich mit jüdischer Geschichte, Musik und Kunst auseinandersetzten. Dazu gehörten Ausstellungen zu jüdischen Künstlerbiografien, Konzerte mit Werken verfolgter Komponisten und Veranstaltungen in Schulen und Jugendzentren, um jüdische Geschichte erlebbar zu machen. Bei der Auswahl der zu fördernden Projekte setzte die Stiftung hierbei bewusst auf Formate, die interaktive Beteiligung und Begegnung ermöglichen. Somit bleibt die Auseinandersetzung mit jüdischem Leben nicht abstrakt, sondern wird unmittelbar erfahrbar. Diese Projekte wurden eng mit den Gemeinden und Bildungsinstitutionen abgestimmt, um einen nachhaltigen Transfer von Wissen und Erfahrung zu gewährleisten.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der Kulturstiftung war die Förderung von Bildungs- und Vernetzungsangeboten für Fachkräfte. Diese Maßnahmen stärkten nicht nur die Qualität der einzelnen Projekte, sondern ermöglichten auch einen fachlichen Austausch über die Grenzen Sachsens hinweg. Aus Sicht des Beauftragten ist dieser kollegiale Austausch entscheidend, um die Projektarbeit kontinuierlich zu professionalisieren und die Vernetzung innerhalb der Kulturszene sowie zwischen den Gemeinden zu fördern.

Trotz dieser Erfolge zeigten sich auch strukturbedingte Herausforderungen. Insbesondere kleinere Gemeinden und Initiativen außerhalb der großen Städte sehen sich weiterhin mit administrativen Hürden, begrenzten Personalressourcen und teilweise unzureichenden Vorlaufzeiten konfrontiert, um Förderanträge einzureichen oder Projekte umzusetzen. Die Kulturstiftung konnte diesen Herausforderungen teilweise durch individuelle Beratung und flexible Projektlaufzeiten entgegenwirken. Dennoch bleibt dies ein Bereich, in dem weiteres Engagement nötig ist.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Kulturstiftung des Freistaates Sachsen im Jahr 2025 eine entscheidende Rolle für die Sichtbarkeit, Förderung und Vernetzung jüdischer Kultur im Land gespielt hat. Durch finanzielle Unterstützung, fachliche Beratung und die Förderung kollegialer Netzwerke hat sie Projekte realisiert, die jüdisches Leben erlebbar machen, die Erinnerungskultur stärken und Bildungsangebote aufwerten. Gleichzeitig zeigte sich im Jahr 2025 deutlich, dass gerade in kleineren Gemeinden noch Unterstützung bei der Antragstellung, der Projektkoordination und dem Ressourcenmanagement notwendig ist, um die Wirkung der geförderten Maßnahmen langfristig zu sichern. Die Kulturstiftung bleibt daher eine unverzichtbare Partnerin sowohl der Gemeinden als auch des Beauftragten der Sächsischen Staatsregierung für das Jüdische Leben.

### ***Exkurs: Die Holger-Koppe-Stiftung – wichtiger Partner in der Förderung von Projekten zur jüdischen Kultur in Sachsen***

Die Holger-Koppe-Stiftung hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 2013 zu einer festen und weithin anerkannten Größe in den Bereichen der kulturellen Förderung und Erinnerungskultur entwickelt. Bis zum Jahr 2025 entfaltete sie insbesondere in Sachsen eine nachhaltige Wirkung, die weit über einzelne Projektförderungen hinausgeht. Als private Stiftung kommt ihr dabei eine besondere Bedeutung zu: Sie ergänzt öffentliche Mittel dort, wo staatliche Förderprogramme häufig zeitlich begrenzt, thematisch eng gefasst oder administrativ schwer zugänglich sind. So ermöglicht sie Kontinuität, inhaltliche Tiefe und experimentelle Ansätze.

Ein herausragender Schwerpunkt der Stiftungsarbeit in Sachsen ist die musikalische Förderung im Kontext historischer Verantwortung. Der Jugendmusikpreis der Holger-Koppe-Stiftung, der regelmäßig in Leipzig verliehen wird, hat sich zu einem Leuchtturmprojekt entwickelt. Er richtet sich an junge Musikerinnen und Musiker aus Sachsen und Mitteldeutschland und verbindet künstlerische Exzellenz mit der bewussten Auseinandersetzung mit Werken von Komponistinnen und Komponisten, die unter dem Nationalsozialismus verfolgt und ermordet wurden.

Damit trägt der Preis nicht nur zur Nachwuchsförderung bei, sondern verankert auch die Erinnerungskultur dauerhaft im musikalischen Bildungsbereich. Die öffentliche Sichtbarkeit der Preisverleihungen und Konzerte stärkt zugleich das kulturelle Profil des Landes Sachsen.

Darüber hinaus engagiert sich die Stiftung kontinuierlich für die Sichtbarmachung jüdischen Lebens und jüdischer Geschichte in Sachsen, insbesondere in Leipzig. Seit vielen Jahren unterstützt sie Konzerte jüdischer Musik, darunter regelmäßig stattfindende Klezmer-Veranstaltungen, die jüdische Kultur als lebendige, gegenwärtige Tradition erfahrbar machen. Ergänzt wird dieses Engagement durch die Förderung von Ausstellungen, Vortragsreihen und Workshops zur sogenannten verfeimten Musik sowie zu jüdischen Künstlerbiografien, zum Beispiel im Umfeld des Erich-Zeigner-Hauses und anderer Leipziger Kultur- und Bildungseinrichtungen.

Ein besonders nachhaltiger Beitrag der Holger-Koppe-Stiftung liegt in der Bildungs- und Vermittlungsarbeit. In Sachsen fördert sie Projekte an Schulen und Museen, darunter die Entwicklung interaktiver Medienstationen zur Geschichte jüdischer Bildungseinrichtungen wie der Carlebach-Schule in Leipzig. Auch die Unterstützung von Zeitzeugeninterviews, insbesondere im Umfeld des Ariowitsch-Hauses, leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung persönlicher Erinnerungen und zur Weitergabe historischer Erfahrungen an jüngere Generationen. Solche Projekte profitieren in besonderer Weise von privatem Engagement, da sie langfristige Perspektiven und sensible inhaltliche Arbeit erfordern, die über klassische Projektförderlogiken hinausgehen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Stiftung ist die Förderung außerschulischer Bildungsprojekte, beispielsweise durch die Unterstützung von Bildungsfahrten sächsischer Schülerinnen und Schüler zu historischen Orten jüdischer Geschichte und der Shoah. Diese Maßnahmen ermöglichen eine vertiefte Auseinandersetzung mit Geschichte, die im regulären Unterricht oft nur begrenzt möglich ist, und stärken demokratische Werte, Empathie und historisches Bewusstsein.

Die Arbeit der Holger-Koppe-Stiftung ist in der Öffentlichkeit nicht unbeachtet geblieben. Ihre Projekte haben über die Jahre große Anerkennung im kulturellen und bildungspolitischen Umfeld Sachsens erfahren und wurden wiederholt öffentlich gewürdigt – sei es durch die Einbindung in landesweite Kultur- und Erinnerungsinitiativen

oder durch die enge Zusammenarbeit mit renommierten Institutionen und Trägern der Demokratie- und Erinnerungsarbeit. Diese Anerkennung unterstreicht die Relevanz der Stiftung als verlässliche Partnerin für langfristige gesellschaftliche Aufgaben.

Insgesamt zeigt sich, dass die Holger-Koppe-Stiftung in Sachsen eine herausragende ergänzende Rolle zu öffentlichen Förderstrukturen einnimmt. Sie verbindet kulturelle Qualität mit historischer Verantwortung, agiert regional verankert und zugleich überregional wirksam und ermöglicht Projekte, die ohne privates Engagement nicht oder nur eingeschränkt realisierbar wären. Damit leistet sie einen unverzichtbaren Beitrag zur kulturellen Vielfalt, zur Erinnerungskultur und zur Stärkung demokratischer Werte im Freistaat Sachsen.

### **Das Netzwerk „Jüdisches Leben in Sachsen“ – eine tragfähige Plattform für Vernetzung, Sichtbarkeit und Stärkung jüdischen Lebens**

Das Netzwerk „Jüdisches Sachsen“ wurde Ende 2019 vom Beauftragten der Sächsischen Staatsregierung für jüdisches Leben initiiert. Es ist ein lebendiger, landesweiter Verbund aus jüdischen Gemeinden, zivilgesellschaftlichen Vereinen, Initiativen, kulturellen Trägern, Bildungseinrichtungen und Einzelakteuren. Sein Kernziel ist es, jüdisches Leben im Freistaat Sachsen zu stärken, zu vernetzen und in seiner ganzen Vielfalt sichtbar zu machen – von der Großstadt bis in den ländlichen Raum. Gleichzeitig dient es als zentrale Plattform für den Austausch, die Koordination von Projekten und die gemeinsame Auseinandersetzung mit Antisemitismus.

Die Arbeit des Netzwerks „Jüdisches Leben in Sachsen“ basiert auf der Selbstorganisation seiner Akteure und wird durch die enge Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der Staatsregierung sowie auf der Grundlage von verschiedenen Förderprogrammen ermöglicht.

Neben den Jüdischen Gemeinden in Dresden, Leipzig und Chemnitz, dem Kultur- und Begegnungszentrum Ariowitsch-Haus e. V. in Leipzig, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Dresden e. V., der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Leipzig e. V. gehören dem Netzwerk über 30 weitere sächsische Vereine und Initiativen aus den Bereichen Erinnerungskultur, Bildung, Kultur und Prävention an.

Das Netzwerk organisiert regelmäßige landesweite Netzwerktreffen (z. B. die „Netzwerktage“ 2025 in Kamenz mit dem Schwerpunkt „Jüdische Notenspuren auf der Sächsischen Via Regia“), regionale Projekte, Workshops, Ausstellungen und Veranstaltungen. Es bündelt Erfahrungen, vermittelt Referentinnen und Referenten und unterstützt die zielgerichtete Nutzung von Fördermitteln. Besonders sichtbar wird seine Rolle bei der Vorbereitung und Umsetzung des Themenjahres „TACHELES – Jahr der jüdischen Kultur in Sachsen 2026“, bei dem es als zentrale Koordinationsplattform fungiert. Die Akteure selbst – von lokalen Museen über Schulen bis hin zu jüdischen Kulturschaffenden – gestalten die Inhalte mit und betonen dabei den Gegenwartsbezug jüdischen Lebens neben der Erinnerungskultur.

Das Netzwerk versteht sich als offener, partizipativer Zusammenschluss, der jüdische Perspektiven in den Mittelpunkt stellt und zugleich Brücken zur Mehrheitsgesellschaft schlägt. Seine Projekte reichen von dezentralen kulturellen Spaziergängen in der Oberlausitz über Bildungsworkshops in Dresden bis hin zu Großveranstaltungen im Ariowitsch-Haus Leipzig. Damit leistet es einen konkreten Beitrag dazu, jüdisches Leben als selbstverständlichen und lebendigen Teil der sächsischen Gesellschaft zu verankern.

Das Netzwerk hat sich auch 2025 als tragfähige Struktur erwiesen, um jüdisches Leben im Freistaat zu stärken, zu vernetzen und in seiner Vielfalt sichtbar zu machen. Ein zentraler Schwerpunkt der Arbeit lag 2025 auf der konkreten regionalen Umsetzung von Projekten.

In Leipzig etwa unterstützte das Netzwerk mehrere Veranstaltungen im Ariowitsch-Haus, bei denen jüdische Gegenwartskultur, Erinnerungskultur und Bildungsarbeit zusammengeführt wurden. Dazu gehörten öffentliche Gesprächsformate mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, Workshops für Studierende sowie kulturelle Veranstaltungen, die bewusst auch ein nichtjüdisches Publikum ansprachen. Diese Formate zeigen beispielhaft, wie das Netzwerk lokale Akteure stärkt und jüdisches Leben als selbstverständlichen Teil der Stadtgesellschaft sichtbar macht.

In Dresden lag ein besonderer Fokus auf der Bildungsarbeit. Gemeinsam mit Schulen, der Jüdischen Gemeinde und zivilgesellschaftlichen Trägern wurden Workshops zum

jüdischen Alltag, zu Feiertagen und zu aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus durchgeführt. Lehrkräfte berichteten, dass diese Angebote einen nachhaltigen Effekt hatten, weil sie persönliche Begegnungen ermöglichten und abstraktes Wissen durch konkrete Erfahrungen ersetzten. Das Netzwerk übernahm hier eine koordinierende Rolle, brachte Referentinnen und Referenten zusammen und half, Fördermittel zielgerichtet einzusetzen.

In Chemnitz unterstützte das Netzwerk eine Ausstellungsreihe zur jüdischen Geschichte der Stadt, die in Kooperation mit lokalen Museen und Vereinen realisiert wurde. In Görlitz und entlang der Oberlausitz wurden kulturelle Spaziergänge und Vorträge angeboten, die jüdische Spuren vor Ort sichtbar machten und zugleich den Dialog mit der Mehrheitsgesellschaft suchten. Gerade diese dezentralen Aktivitäten sind mir ein besonderes Anliegen, weil jüdisches Leben in Sachsen nicht auf wenige Großstädte reduziert werden darf.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt im Jahr 2025 war die Vorbereitung des Themenjahres „TACHELES – Jahr der jüdischen Kultur in Sachsen 2026“. Das Netzwerk „Jüdisches Sachsen“ fungierte dabei als zentrale Plattform für Austausch und Koordination. In mehreren landesweiten Netzwerktreffen wurden Projektideen diskutiert, Kooperationen angebahnt und regionale Schwerpunkte gesetzt. Konkrete Beispiele sind das Projekt „Jüdische Notenspuren“, das 2026 entlang historischer Handels- und Kulturwege umgesetzt wird, sowie zahlreiche kommunale Kulturprogramme, die bereits 2025 konzipiert und teilweise pilotiert wurden.

Besonders wichtig war mir 2025 auch die Verknüpfung von Erinnerungskultur und Gegenwartsbezug. Bei Gedenkveranstaltungen, etwa zum Gedenktag Yom HaShoah am 24. April 2025 oder zum Gedenken an die Reichspogromnacht am 9. November 2025, haben wir bewusst Akzente gesetzt, die jüdisches Leben nicht nur als Objekt der Erinnerung, sondern als lebendige Gegenwart thematisieren. Das Netzwerk hat hierbei Veranstaltungen in mehreren Städten begleitet, Rednerinnen und Redner vermittelt und dafür gesorgt, dass jüdische Perspektiven selbst zu Wort kommen.

Nicht zuletzt spielte 2025 die Auseinandersetzung mit Antisemitismus eine zentrale Rolle. In Gesprächen mit Gemeinden, Initiativen und Sicherheitsbehörden wurde deutlich, wie wichtig Austausch, Unterstützung und Sichtbarkeit sind.

Das Netzwerk trug dazu bei, Erfahrungen zu bündeln, Bedarfe zu benennen und Maßnahmen aufeinander abzustimmen – sei es in der Präventionsarbeit, in der politischen Bildung oder in der öffentlichen Kommunikation.

Das Netzwerk „Jüdisches Sachsen“ war auch im Jahr 2025 weit mehr als ein organisatorisches Instrument. Es ist ein lebendiger Verbund von Menschen und Institutionen, die gemeinsam Verantwortung für jüdisches Leben in Sachsen übernehmen. Die konkreten Projekte in Städten und Regionen, die intensive Bildungsarbeit und die Vorbereitung des Themenjahres 2026 zeigen, dass nachhaltige Förderung nur im Zusammenspiel von Staat, Zivilgesellschaft und jüdischen Akteuren gelingen kann. Das Netzwerk hat hierfür 2025 wichtige Grundlagen gelegt.

### **Ausgewählte Akteure und Aktivitäten mit besonderer Beachtung der ländlichen Regionen**

Auch im Jahr 2025 fanden in den ländlichen Regionen Sachsens Veranstaltungen und Projekte statt, bei denen nicht nur große Träger, sondern auch kleinere Vereine und Initiativen aktiv wurden. Sie alle trugen deutlich zur Förderung jüdischen Lebens, zur Vermittlung jüdischer Geschichte und Kultur sowie zur Prävention von Antisemitismus bei. Die Rückmeldungen und die Zahl der Teilnehmenden zeigen, dass diese Angebote nicht nur fachlich relevant waren, sondern auch lokal eine spürbare Resonanz erzeugten.

Ein Beispiel für lokal geprägte Begegnungsarbeit war der 8. Israelfreundestag 2025 der Sächsischen Israelfreunde e. V. am 25. Mai 2025 in Reichenbach im Vogtland. Die ganztägige Veranstaltung mit Vorträgen, Musik, Informations- und Gesprächsangeboten zog hunderte Besucher an, die bewusst den Austausch über israelische Geschichte, jüdische Kultur und aktuelle gesellschaftliche Fragen suchten. Für viele Teilnehmende waren die verschiedenen Gespräche mit Gästen aus Israel und die gemeinsame Zeit für Begegnung und Austausch ein besonderes Erlebnis.

Die Sächsischen Israelfreunde e. V. sind ein Verein, der über Israel und die Wurzeln des christlichen Glaubens informiert, praktische Arbeit im Land Israel leistet (unter anderem Handwerkerdienste) und Raum für Begegnungen schafft.

Ein weiterer Akteur mit Aktivitäten im Jahr 2025 war der Verein VOIS – Vogtländischer Israelverein e. V., der als regionaler Verein im Vogtland Netzwerk- und Bildungsangebote entwickelte, um Begegnungen zwischen Jugendlichen aus dem Vogtland und Israel zu fördern und Austauschprozesse zu ermöglichen. Schon vor 2025 hatten VOIS-Initiativen wie Jugendbegegnungen zwischen Plauen und Jerusalem stattgefunden, und diese Erfahrung bildete die Grundlage für weitere regionale Angebote im Folgejahr, die in Gesprächen vor Ort von Teilnehmenden als wertvolle Horizonterweiterung und Beitrag zur interkulturellen Verständigung genannt wurden.

Auch HATiKVA e.V. (HATiKVA e.V. - Die Hoffnung Bildungs- und Begegnungsstätte für Jüdische Geschichte und Kultur Sachsen) unterstrich im Jahr 2025 ihre wichtige Rolle, indem sie in großem Umfang über jüdische Geschichte und Kultur in Vergangenheit und Gegenwart informierte. Dies gelang ihr durch zahlreiche Führungen und Bildungsangebote, die die jüdische Geschichte Sachsens für Interessierte erfahrbar machten. Ein Beispiel hierfür war die Exkursion über den Alten Jüdischen Friedhof in Dresden am 20. Juli 2025. Die zahlreichen Besucher konnten sich dabei über die historischen Besonderheiten, die Bedeutung dieses Ortes und die Lebensgeschichten der dort Begrabenen informieren. Die regelmäßig angebotenen Exkursionen sind ein Format, das bewusst historisches Wissen, Erinnerung und Begegnung miteinander verbindet.

Ebenso wurden im Jahr 2025 auch Projekte umgesetzt, die gezielt eine Verbindung zwischen urbanen Kulturinitiativen und ländlichen Räumen herstellen, um so die kulturelle Vielfalt und Teilhabe in der Region zu fördern. Eine wichtige Rolle spielte hierbei der Verein „Kommen und Gehen – Das Sechsstädtebundfestival e. V.“, der gemeinsam mit dem Verein „Notenspur Leipzig e. V.“ im Rahmen des Projekts „Jüdische Notenspuren auf der sächsischen Via Regia“ kulturelle Formate entlang historischer Routen entwickelte. Konzerte, Lesungen sowie dialogorientierte Formate wurden dabei bewusst nicht nur in größeren Städten, sondern auch in kleineren Orten entlang dieser Route realisiert. Ziel war es, jüdische Musik- und Kulturgeschichte in unterschiedlichen regionalen Kontexten erfahrbar zu machen und zugleich lokale Akteure in die Durchführung einzubinden.

Das Ariowitschhaus Leipzig e. V. entwickelte mit dem Projekt „Jüdisches Leben erfahren“ ein mobiles Kultur- und Begegnungszentrum, das gezielt in den ländlichen Regionen Sachsens dazu einlädt, jüdisches Leben, jüdische Kultur und Geschichte lebendig und vielfältig kennenzulernen.<sup>2</sup> Das Projekt wurde im Auftrag des Freistaats konzipiert und verfolgt das Ziel, jüdisches Leben, Kultur und Geschichte landesweit erfahrbar zu machen sowie antisemitischen Vorurteilen durch direkte Begegnung entgegenzuwirken. Dabei handelt es sich um ein mobiles Format, das in Städten und Gemeinden Station macht und vor Ort ein mehrtägiges Programm aus interaktiven Bildungsangeboten, Workshops, Konzerten, Stadtrundgängen sowie dialogorientierten Begegnungsformaten realisiert. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Zusammenarbeit mit lokalen Partnern sowie der Einbindung von Schulen und pädagogischen Einrichtungen. Für diese werden eigens entwickelte Materialien zur Vor- und Nachbereitung bereitgestellt. Durch diese Struktur gelingt es, auch in Regionen ohne eigene jüdische Infrastruktur direkte Zugänge zu jüdischer Kultur zu schaffen und nachhaltige Bildungsimpulse zu setzen.

Das von der RAA Sachsen e. V. (Regionale Arbeitsstellen und Angebote für Bildung, Beratung und Demokratie) getragene Bündnis gegen Antisemitismus in Dresden und Ostsachsen<sup>3</sup> engagierte sich mit mehreren Fachtagen für pädagogische Fachkräfte in ländlichen Landkreisen. So fand am 4. Juni 2025 der Fachtag „L'Chaim! Angebote zur Begegnung mit jüdischem Leben“ statt, der vollständig ausgebucht war. Lehrkräfte und Mitarbeitende aus Bildung, Jugendarbeit und Sozialarbeit gaben positive Rückmeldungen zu den vermittelten Inhalten. Sie berichteten, dass ihnen die praxisnahen Methoden und Materialien konkrete Werkzeuge für die eigene Bildungsarbeit vor Ort an die Hand gaben. Am 12. November 2025 fand ein weiterer Fachtag statt, bei dem ein Leitfaden zur Antisemitismusprävention vorgestellt wurde. Dieser wurde in der Folge mehrfach in regionalen Bildungsprozessen genutzt und weitergegeben.

Ergänzend boten im Rahmen der Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus im Herbst 2025 lokale Initiativen Lesungen, Filmabende, Diskussionsrunden und historische Spaziergänge an. Diese niedrigschwelligen Formate wurden von Bürgerinnen

---

<sup>2</sup> <https://www.ariowitschhaus.de/bildungsprojekte/juedisches-leben-erfahren>

<sup>3</sup> <https://www.raa-sachsen.de/buendnis-gegen-antisemitismus>

und Bürgern in kleineren Orten besucht. Laut den Veranstaltern führten sie zu intensiven Gesprächen und persönlichen Begegnungen, die über das reine Zuhören hinausgingen und die Teilnehmenden dazu anregten, antisemitische Vorurteile kritisch zu reflektieren.

Insgesamt gesehen zeigen diese genannten Aktivitäten, dass zahlreiche lokale und regionale Träger im Jahr 2025 konkrete Angebote für die Öffentlichkeit geschaffen haben. Diese Angebote thematisieren die jüdische Geschichte, Kultur und Lebensrealitäten und eröffnen zugleich Räume für Diskussion und Prävention von Antisemitismus. Dabei wird besonders deutlich, wie wichtig vernetzte Strukturen sind, in denen Akteure aus Kultur, Bildung und Zivilgesellschaft zusammenwirken und ihre Angebote auch in ländliche Räume tragen. Die positive Resonanz in Form von hoher Nachfrage, ausgebuchten Workshops und vielseitigen Rückmeldungen unterstreicht, dass gerade außerhalb der großen Städte solche Initiativen wichtige niedrighschwellige Zugänge bieten, um die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit jüdischem Leben und Antisemitismus zu fördern und damit auch die Grundlage für weiterführende Projekte und nachhaltige Netzwerke zu legen.

## **Aus der Arbeit des Beauftragten: Austausch mit Delegation aus Israel**

Im November 2025 besuchte eine hochrangige israelische Delegation anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der deutsch-israelischen Beziehungen die Bundesrepublik Deutschland. Die Reise wurde vom Goethe-Institut in Berlin im Auftrag des Auswärtigen Amtes koordiniert und stand unter dem Titel „Antisemitismus in Deutschland: historische Kontinuität und aktuelle Herausforderung“. Auf Vorschlag der deutschen Auslandsvertretung in Tel Aviv und auf ausdrückliche Empfehlung des Auswärtigen Amtes fand im Rahmen der sechstägigen Reise nach Berlin an einem Tag ein Treffen der israelischen Delegation mit dem Beauftragten der Sächsischen Staatsregierung für das Jüdische Leben in Sachsen statt.

Der Delegation aus Israel gehörten führende Vertreter aus Regierung, Wissenschaft, Medien, Bildung und Kultur, unter anderem der Beauftragte der israelischen Regierung für den Kampf gegen Antisemitismus, leitende Persönlichkeiten bedeutender Institutionen, renommierte Forscherinnen und Forscher sowie Experten aus Gedenk- und Bildungseinrichtungen mit Schwerpunkt Holocaust- und Antisemitismusforschung an.

Ziel der Reise war es, die historische Dimension sowie die aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus in Deutschland zu analysieren und zugleich den Austausch mit Akteuren der deutschen Zivilgesellschaft zu vertiefen. Im Mittelpunkt standen dabei insbesondere die Fragen nach den historischen Ursachen des Holocaust, den daraus gezogenen Konsequenzen in der Bundesrepublik Deutschland sowie den heutigen Strategien zur wirksamen Bekämpfung von Antisemitismus.

Der Besuch in Leipzig stand unter dem Leitgedanken „Strengthening Jewish life and combating antisemitism: regional strategies and civic engagement in Saxony“ („Stärkung des jüdischen Lebens und Bekämpfung von Antisemitismus: regionale Strategien und bürgerschaftliches Engagement in Sachsen“).

Ein zentraler Bestandteil des Programms war das Gespräch mit den Vertreterinnen und Vertretern der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig K. d. ö. R.

Der nachfolgende Austausch im Ariowitschhaus war geprägt von einer offenen und konstruktiven Gesprächsatmosphäre. In dieser wurden sowohl die Herausforderungen der Antisemitismusprävention als auch konkrete Maßnahmen zur Stärkung des jüdischen Lebens in Sachsen thematisiert.

Insbesondere die Vorstellung des landesweiten Fachnetzwerks gegen Antisemitismus sowie des Projekts „Jüdisches Leben erFahren“ stieß auf großes Interesse, da beide Initiativen beispielhaft für innovative Bildungs- und Vermittlungsarbeit stehen. Die Teilnahme des Sächsischen Staatsministers für Kultus und weiterer Vertreterinnen und Vertreter der Staatsverwaltung wurde als besondere Wertschätzung empfunden.

Der Besuch in Leipzig wurde von den Teilnehmenden als einer der inhaltlichen Höhepunkte der sechstägigen Besucherreise in Deutschland bewertet. Das verdeutlicht auf besondere Weise die enge Verbindung zwischen historischer Verantwortung, aktueller gesellschaftlicher Herausforderung und gelebter Zivilgesellschaft.

## **Antisemitismus in Sachsen. Aufklärung, Prävention und Bekämpfung**

Der 7. Oktober 2023 hat das antisemitische Vorfalleschehen in Sachsen wie in ganz Deutschland nachhaltig verändert. Der genozidale Terrorangriff der Hamas und verbündeter Gruppen auf Israel führte zu einer massiven Zunahme antisemitischer Äußerungen, Bedrohungen und Gewalttaten. Auch im Freistaat Sachsen ist die Sicherheitslage für jüdisches Leben maßgeblich von der Entwicklung im Nahen Osten und von geopolitischen Ereignissen abhängig, die als Katalysator für antisemitische und antiisraelische Mobilisierung wirken. Der Bundesverband RIAS hat seit dem 7. Oktober 2023 israelbezogenen Antisemitismus als dominierende Erscheinungsform identifiziert. Auch in Sachsen blieb diese Form der Judenfeindlichkeit im Jahr 2025 prägend.

Die polizeiliche Lage hat sich zumindest rein statistisch entspannt: Wie aus behördlichen Einschätzungen hervorgeht, konnte eine tendenziell weitere Entspannung und rückläufige Tendenz nach den Spitzenwerten der Jahre 2023 und 2024 festgestellt werden, wenngleich das Niveau weiterhin deutlich über den Werten der Vorjahre liegt. Das Versammlungsgeschehen im Zusammenhang mit dem andauernden Nahost-Konflikt hat sich auf einem niedrigen Niveau von etwa 20 Demonstrationen pro Monat sachsenweit stabilisiert, mit Schwerpunkten weiterhin in Leipzig und teilweise in Chemnitz. Straftaten im direkten Versammlungskontext blieben glücklicherweise die Ausnahme.

Dennoch zeigt ein Zwischenfall in Leipzig, dass weiterhin eine Dynamik besteht: Im Nachgang einer Pro-Palästina-Demonstration geriet ein jüdischer Mitbürger in eine verbale Auseinandersetzung mit ehemaligen Versammlungsteilnehmern und wurde anschließend von einem unbekanntem Täter angespuckt. Dies verdeutlicht, dass die Sichtbarkeit jüdischen Lebens weiterhin mit Beeinträchtigungen verbunden ist und eine zu erwartende Ausweitung israelischer Operationen im Gazastreifen erneut eine Mobilisierung pro-palästinensischer Protestklientel nach sich ziehen könnte.

Das Landeskriminalamt Sachsen registrierte für das gesamte Jahr 2025 insgesamt mindestens 222 antisemitische Straftaten. Dies ist ein Rückgang gegenüber 258 Straftaten im Vorjahr, dennoch wurde die 200er-Marke zum dritten Mal in Folge überschritten. Die überwiegende Mehrheit dieser Taten wird dem rechtsextremen Spektrum zu-

geordnet. Verurteilungen fallen mit lediglich sieben Fällen (allesamt Geldstrafen) weiterhin erschreckend niedrig aus. Das Dunkelfeld bleibt hoch, und jüdisches Leben in Sachsen ist nach wie vor von Alltagsantisemitismus, Bedrohungen und sozialer Isolation geprägt.

Die Meldestelle RIAS Sachsen, die in Sachsen im Verbund mit der Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung OFEK e. V. arbeitet, dokumentiert nicht nur Straftaten, sondern auch Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze aus der Betroffenenperspektive. RIAS e. V. verzeichnete für 2024 insgesamt 349 antisemitische Vorfälle in Sachsen. Das sind fast doppelt so viele wie 2023, darunter 222 israelbezogene antisemitische Vorfälle. Gewaltförmige Vorfälle wie Angriffe, Bedrohungen und gezielte Sachbeschädigungen hielten sich auf hohem Niveau. Das Beratungsaufkommen bei OFEK e. V. blieb 2024/2025 im vierstelligen Bereich und damit weit über dem Beratungsbedarf vor dem 7. Oktober 2023. Betroffene suchten Unterstützung bei psychosozialen, psychologischen und rechtlichen Fragen, insbesondere im Kontext von Schulen, Hochschulen und dem Kunst- und Kulturbereich.

Die Zentrale Anlaufstelle für Opfer von Rechtsextremismus und Antisemitismus (ZORA) bei der Generalstaatsanwaltschaft Dresden ergänzt diese Arbeit mit Aufklärung über strafrechtliche Relevanz, Strafverfolgung und Rechte von Betroffenen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen stuft Rechtsextremismus weiterhin als größte Bedrohung ein. Antisemitismus bildet ein zentrales Element völkisch-rassistischer und neonationalsozialistischer Ideologien. Das zeigt sich insbesondere auch in den sozialen Medien und bei Demonstrationen. Das Landesamt klärt regelmäßig über antisemitische Codes und Chiffren auf und beobachtet deren Verbreitung.

Seit 2019 hat Sachsen systematisch Strukturen aufgebaut, die die Betroffenenperspektive, Prävention und Repression eng verknüpfen. Die Zentrale Ansprechstelle für Opfer (rechts-)extremistischer Bedrohungen (ZASTEX) beim Landeskriminalamt (LKA) und ZORA bieten konkrete Beratung, Aufklärung über Strafverfolgung und interne Sensibilisierung. Ein gemeinsamer Leitfaden „Antisemitische Straftaten erkennen und konsequent verfolgen“ (seit 2021) sowie der polizeiinterne Kurzleitfaden „Jüdisches Leben in Sachsen“ (zweite Auflage im Jahr 2026 mit aktualisiertem interkulturellen Kalender) stärken die Handlungssicherheit von Polizei und Justiz.

Es gibt regelmäßige Austauschformate zwischen Behörden, jüdischen Gemeinden, OFEK e. V. und RIAS Sachsen. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure organisieren regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen, Workshops und Tagungen in den Landkreisen und Kreisfreien Städten. Zielgruppe sind Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, Verantwortungsträger in Schulen und Hochschulen sowie an Polizei und Justiz.

Das Sächsische Staatsministerium für Kultus (SMK) und das Sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (SMS) unterstützen diese Maßnahmen durch Kooperationen, etwa bei der Weiterentwicklung des Programms „Starke Lehrer – starke Schüler“ oder bei regelmäßigen Austauschtreffen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Opferberatungsstellen. Das Ariowitsch-Haus Leipzig e. V. vermittelt zudem Referentinnen und Referenten und führt spezielle Fortbildungen für Polizeibeamte durch, die mit Staatsschutzdelikten betraut sind und koordiniert Veranstaltungen zur Stärkung der Handlungssicherheit im Umgang mit antisemitischen Vorfällen. Im Bildungsbereich nimmt das Landesamt für Schule und Bildung (LaSuB) eine zentrale Rolle ein. Seit dem 9. November 2025 steht das neue Lern- und Informationsportal „Alle Sachsen - Portal gegen Antisemitismus“ bereit: **Alle = Antisemitismus entgegentreten - Lernportal für Lehrkräfte und Engagierte**<sup>4</sup>. Das Portal bietet Lehrkräften und Engagierten praxisnahe Materialien, Flyer, Beratungsposter und eine leitfragengestützte Suche nach Unterstützungsangeboten. Ergänzt wird dies durch die Weiterentwicklung des Programms „Starke Lehrer – starke Schüler“ in Kooperation mit dem Ariowitsch-Haus und Fortbildungen mit Partnern wie dem Anne-Frank-Zentrum, Yad Vashem und der Leo-Trepp-Stiftung sowie die Einführung einer eigenen Kategorie „Antisemitismus“ in der Meldung besonderer Vorkommnisse an Schulen seit Januar 2025.

Vorbereitet wurde der Start eines Begleitstudium für angehende Lehrkräfte „Jüdischer Alltag in Deutschland“ ab Sommersemester 2026 der TU Dresden. Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) unterstützt die Arbeit mit Veranstaltungsreihen wie „Was.Schule.bewegt“, Publikationen zum Themenjahr TACHELES und Dialogformaten zur Vielfalt der Religionen in Sachsen.

---

<sup>4</sup> <https://alle-sachsen.de/>

Zivilgesellschaftliche Träger wie das Ariowitsch-Haus Leipzig e. V. und die Regionale Arbeitsstellen und Angebote für Bildung, Beratung und Demokratie (RAA Sachsen e. V.) bieten gezielte Bildungs- und Präventionsarbeit, darunter Ausstellungsreihen in Chemnitz, kulturelle Spaziergänge in der Oberlausitz, Workshops zum jüdischen Alltag in Dresden sowie modulare Workshopleitfäden für die offene Jugendarbeit an. Diese Aktivitäten machen jüdisches Leben in der gesamten Region sichtbar, fördern den Dialog mit der Mehrheitsgesellschaft und verknüpfen Erinnerungskultur mit Gegenwartsbezug. OFEK e. V. leistet nicht nur psychosoziale und rechtliche Betroffenenberatung, sondern bietet auch institutionelle Fachberatung für Schulen, Hochschulen und Kulturbetrieben.

Zur Gewährleistung der Sicherheit bei allen Veranstaltungen im Rahmen des Themenjahres „TACHELES – Jahr der jüdischen Kultur in Sachsen“ fand im September 2025 eine Besprechung zwischen der Polizeidirektion Chemnitz und dem Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus (SMWK) in Dresden statt. Die enge Kooperation zwischen den Veranstaltern und der Polizei soll ein störungsfreies und friedliches Veranstaltungsgeschehen gewährleisten. Zugleich soll die Sensibilität der eingesetzten Kräfte im Umgang mit jüdischen Einrichtungen und Betroffenen weiter erhöht werden.

Sachsen zeichnet sich durch ein beeindruckendes Engagement aus, das in der Zusammenarbeit von Staat, zivilgesellschaftlichen Akteuren und jüdischen Gemeinden zum Ausdruck kommt. Beispiele hierfür sind Fortbildungen für die Polizei, Lehrkräfte und Verantwortungsträger sowie die Arbeit von RIAS e.V., ZORA und OFEK e.V. sowie sichtbare kulturelle und bildende Initiativen.

Trotz aller Fortschritte bleiben Herausforderungen bestehen: Die zielgruppenspezifische Arbeit mit jungen Menschen mit Migrationshintergrund, die Stärkung des jüdisch-muslimischen Dialogs (etwa durch Projekte wie das „Shalomaleikum Jugendorchester“) und die Evaluation sowie Verstetigung von Maßnahmen sind weiter auszubauen. Der Verfolgungsdruck von antisemitischen Straftaten muss erhöht werden, um mehr Verurteilungen zu erreichen. Die anhaltende Bedrohungslage erfordert eine konsequente Fokussierung auf israelbezogenen Antisemitismus, soziale Medien und intersektionale Betroffenheit.

Nachhaltige Aufklärung, Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus gelingen nur gemeinsam. Diese wichtige Arbeit muss fortgesetzt und ausgebaut werden, damit jüdisches Leben in Sachsen selbstverständlich, sichtbar und sicher bleibt.

### **Antisemitismusbeauftragte an sächsischen Hochschulen**

Im Jahr 2025 zeigt sich die Situation rund um Antisemitismusbeauftragte an sächsischen Hochschulen weiterhin uneinheitlich. Zugleich ist sie aber zunehmend durch konkrete personelle Zuständigkeiten und wachsende inhaltliche Konfliktfelder geprägt. An der Technischen Universität Dresden wurde 2025 mit Prof. Dr. Maria Häusl eine Antisemitismusbeauftragte berufen, die durch Veranstaltungen, Workshops und Diskussionsformate aktiv zur Sensibilisierung beiträgt und insbesondere auch auf aktuelle politische Entwicklungen reagiert.

Mit dem Antisemitismusbeauftragten Prof. Dr. Gert Pickel ist seit 2024 an der Universität Leipzig eine profilierte Stimme in Forschung und öffentlicher Debatte präsent, auch wenn die Funktion dort weniger klar als eigenständige Beauftragtenstelle institutionell verankert ist.

Parallel zu diesen strukturellen Entwicklungen kam es im Jahr 2025 an mehreren sächsischen Hochschulen zu kontroversen Veranstaltungen, die sich mit dem Nahostkonflikt befassten. Dabei traten vereinzelt Formate auf, die stark israelkritische oder pro-palästinensische Positionen vertraten und teilweise in der Kritik standen, einseitige Perspektiven zu fördern oder problematische Narrative zu reproduzieren.

In diesem Kontext wurden auch Aktivitäten im Umfeld der BDS-Bewegung („Boycott, Divestment and Sanctions“) sichtbar, etwa in Form von Forderungen nach einem Boykott israelischer Institutionen oder dem Aussetzen wissenschaftlicher Kooperationen mit israelischen Partnern.

Solche Forderungen stehen in einem deutlichen Spannungsverhältnis zu grundlegenden Prinzipien der Wissenschaftsfreiheit. Hochschulen leben vom offenen Austausch, von internationaler Kooperation und dem freien Fluss von Ideen – unabhängig von nationalen oder politischen Zuschreibungen. Pauschale Boykottforderungen, die sich

gegen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler oder Institutionen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einem bestimmten Staat richten, widersprechen diesem Grundverständnis. Sie bergen die Gefahr, den wissenschaftlichen Dialog durch politische Kriterien einzuschränken und somit zentrale Prinzipien akademischer Arbeit zu untergraben.

Gerade vor dem Hintergrund solcher Entwicklungen zeigt sich die Bedeutung klarer institutioneller Strukturen. Hochschulen, die Antisemitismusbeauftragte berufen haben, sind besser in der Lage, solche Konflikte einzuordnen, differenzierte Diskussionen zu ermöglichen und zugleich klare Grenzen gegenüber antisemitischen oder diskriminierenden Positionen zu ziehen. An vielen sächsischen Hochschulen – wie zum Beispiel in Chemnitz, Mittweida oder Zwickau – fehlen solche klaren Zuständigkeiten, was den Umgang mit entsprechenden Kontroversen erschwert.

Insgesamt verdeutlicht das Jahr 2025, dass Antisemitismus an Hochschulen nicht nur ein abstraktes Thema ist, sondern sich konkret in Debatten, Veranstaltungen und politischen Forderungen niederschlägt. Daraus ergibt sich ein klarer Handlungsauftrag: Die flächendeckende Einrichtung von Antisemitismusbeauftragten an allen sächsischen Hochschulen ist notwendig, um Orientierung zu schaffen, Konflikte professionell zu begleiten und die Grundprinzipien akademischer Freiheit nachhaltig zu sichern.

## **Fachnetzwerk gegen Antisemitismus in Sachsen**

Eine der zentralen Aufgaben des Fachnetzwerks gegen Antisemitismus in Sachsen ist die Organisation regelmäßiger Tagungen, auf denen die Teilnehmenden Angebote zur fachlichen Weiterbildung, zum Austausch und zur Vernetzung bieten.<sup>5</sup>

Im November 2025 fand in den Tagungsräumen des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus in Dresden die Jahresabschlussstagung des Fachnetzwerks gegen Antisemitismus in Sachsen statt. Die Veranstaltung stand unter dem Titel „Digitalität und Antisemitismusprävention in der Schul- und Jugendbildung“ und bildete zugleich den Abschluss der ersten Förderperiode des landesweiten Netzwerks.

---

<sup>5</sup> <https://fachnetzwerk-gegen-antisemitismus.de/ueber-uns/fachnetzwerk/>

Insgesamt nahmen über 60 Vertreterinnen und Vertreter aus staatlichen Institutionen, zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie aus dem Bildungs- und Forschungsbereich teil.

Die Tagung verfolgte das Ziel, eine fachliche Bilanz der bisherigen Netzwerkarbeit zu ziehen und den Austausch zwischen den beteiligten Stellen zu stärken. Im Rahmen der Eröffnung wurden durch Vertreter der Staatsregierung zentrale politische Leitlinien im Umgang mit Antisemitismus sowie die Bedeutung präventiver Bildungsarbeit hervorgehoben. Ein einführender Fachvortrag widmete sich den Herausforderungen und Potenzialen digitaler Medien in der Bildungsarbeit.

Ein wesentlicher Bestandteil der Veranstaltung war die Fachmesse zu Methoden der Schul- und Jugendbildung. Auf dieser Veranstaltung präsentierten zahlreiche Träger und Initiativen ihre Ansätze, Projekte und Methoden für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit. Die Messe diente der Vernetzung der Akteure untereinander sowie dem Austausch bewährter Praxisansätze.

In der anschließenden Arbeitsgruppenphase wurden zentrale Themen in verschiedenen Workshops vertieft bearbeitet. Dazu gehörten unter anderem praxisorientierte Handreichungen für die offene Jugendarbeit, interaktive Bildungsformate im Bereich der politischen Bildung, didaktische Ansätze zur Vermittlung der Geschichte des Holocaust in unterschiedlichen Lerngruppen sowie Angebote zur Auseinandersetzung mit Jugendkulturen.

Die im Rahmen der Tagung geführten Diskussionen bestätigten die Bedeutung einer kontinuierlichen und strukturierten Vernetzungsarbeit. Insbesondere in ländlichen Regionen besteht weiterhin Bedarf an entsprechenden Unterstützungs- und Bildungsangeboten.

Das Fachnetzwerk hat sich in der ersten Förderperiode als geeignetes Instrument zur Bündelung vorhandener Ressourcen und zur Unterstützung lokaler Initiativen erwiesen. Mit der Bewilligung der Anschlussförderung bis zum Jahr 2028 ist die Fortführung und Weiterentwicklung der Netzwerkarbeit gesichert. In der kommenden Förderperiode ist unter anderem die Einführung weiterer Beteiligungsformate vorgesehen, um die Einbindung regionaler Akteure zu stärken und Maßnahmen bedarfsorientiert wei-

terzuentwickeln. Die Tagung, die zugleich die Abschlusstagung der ersten Förderperiode des Netzwerks war, hat einen wichtigen Beitrag zur Evaluation der bisherigen Arbeit des Fachnetzwerks geleistet und Impulse für die zukünftige Ausrichtung der Bildungs- und Netzwerkarbeit in Sachsen gesetzt.

### **Aktuelle Formen des Antisemitismus als neue Herausforderung**

Der heutige Antisemitismus im Gewand des Israelhasses weist starke Züge eines kulturellen und teilweise popkulturellen Phänomens auf. Dies zeigt sich besonders in seiner Viralität auf Social-Media-Plattformen, seiner Ästhetik in Protestbewegungen sowie seiner Funktion als moralisches Signal und Gruppenmarker in linken, akademischen und jugendlichen Milieus. Seit dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 ist weltweit ein dramatischer Anstieg antisemitischer Vorfälle zu verzeichnen – von verbalen Attacken und Vandalismus bis hin zu körperlichen Übergriffen. Viele dieser Incidents ereignen sich explizit im Kontext von „Pro-Palästina“-Aktivismus und bedienen klassische antisemitische Tropen, die nun auf den jüdischen Staat projiziert werden.

Dieses Phänomen wird in der Forschung häufig als „neuer Antisemitismus“ beschrieben: eine Mutation, bei der traditionelle Stereotype – Juden als Kindermörder, Verschwörer oder kollektiv schuldig – auf Israel übertragen werden. Israel wird dabei mit einzigartigen Maßstäben gemessen: Während andere Konflikte und Menschenrechtsverletzungen weit weniger Aufmerksamkeit erregen, wird dem jüdischen Staat allein das Existenzrecht grundsätzlich abgesprochen, er wird mit Nazi-Deutschland verglichen oder pauschal als „genozidal“ und „kolonial“ gebrandmarkt. Solche doppelten Standards und Dämonisierungen gehen über legitime politische Kritik hinaus und erfüllen die Kriterien antisemitischer Ausgrenzung, wie sie etwa in der Arbeitsdefinition von IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance) festgehalten sind.

Besonders auffällig ist die popkulturelle Dimension. Auf TikTok, Instagram und bei Großveranstaltungen wie Festivals entwickelt sich „Israelhass“ zu einer Art Lifestyle- und Identitätsmerkmal. Hashtags, Memes, Boykott-Aufrufe und eine spezifische Protestästhetik schaffen eine einfache Gut-Böse-Erzählung, die in einer komplexen Welt Orientierung bietet und die Zurschaustellung der eigenen Tugendhaftigkeit (virtue signalling) ermöglicht. Junge Generationen werden über algorithmisch verstärkte Inhalte besonders stark erreicht. Der Hass tarnt sich als fortschrittlich und anti-kolonial, was

ihn in westlichen intellektuellen Kreisen salonfähig macht und ihn mit islamistischen sowie teilweise rechtsextremen Strömungen verbindet.

Gleichwohl ist eine Differenzierung notwendig: Nicht jede Kritik an der israelischen Regierungspolitik, etwa am Siedlungsbau oder an militärischen Operationen, ist per se antisemitisch. Legitime Auseinandersetzung mit dem Nahostkonflikt muss möglich bleiben. Antisemitismus beginnt dort, wo Israel als kollektiver Sündenbock dient, jüdische Bürger weltweit haftbar gemacht werden oder der jüdische Nationalstaat mit Maßstäben gemessen wird, die an kein anderes Land angelegt werden. Das Phänomen bleibt vielschichtig: Neben dem popkulturell-progressiven Strang existiert weiterhin der klassische rechtsextreme und der radikalislamistische Antisemitismus.

Zusammenfassend handelt es sich beim gegenwärtigen Israel-bezogenen Antisemitismus um ein virales, kulturell codiertes Ressentiment, das traditionellen Judenhass in neuem Gewand gesellschaftsfähig macht. Gerade weil er sich als moralisch überlegen und rebellisch inszeniert, stellt er eine besondere Herausforderung für die offene Gesellschaft dar. Eine konsequente Trennung zwischen berechtigter Kritik am Konflikt und kollektivem Hass auf Juden und Israel bleibt daher unerlässlich.

## **Der Expertenrat beim Beauftragten**

Mit der erneuten Berufung des Beauftragten der Sächsischen Staatsregierung für das Jüdische Leben zum 1. Januar 2025 war die erneute Konstituierung des Expertenrates für den Beauftragten erforderlich.

Am 10. April 2025 wurden durch den Staatsminister für Kultus, Conrad Clemens, die Mitglieder Dr. Olaf Glöckner als Vorsitzender (Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien in Potsdam), Ekaterina Kulakova (Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen der Jüdischen Gemeinden und der Jüdischen Gemeinde Dresden), Marina Chernivsky (Leiterin des Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.), Martina Breyer (Vertreterin der Landeskirchen in Sachsen und Vorsitzende des Katholikenrates des Bistums Dresden-Meißen), Sebastian Reißig (Geschäftsführer der Aktion Zivilcourage e. V. in Pirna) sowie Frank Berthold vom Landeskriminalamt Sachsen (Dezernatsleiter im Bereich Polizeilicher Staatsschutz) in den Expertenrat berufen. Die berufenen Mitglieder bringen Kompetenzen aus Wissenschaft, jüdischen Gemeinden, Zentralrat der Juden, Kirchen, Zivilgesellschaft und Polizei ein.

Der Expertenrat versteht sich als kritisches Beratungsgremium, das dem Beauftragten vor wesentlichen Entscheidungen Rückmeldungen gibt und die Vertiefung von Kontakten zu jüdischen Gemeinden und Einrichtungen und der nichtjüdischen Umwelt vorantreibt.

Im Jahr 2025 kam der Expertenrat zweimal in Präsenz im Sächsischen Staatsministerium für Kultus zusammen.

In der Sitzung am 10. April 2025, an der Staatsminister Conrad Clemens teilnahm, stand ein ausführlicher Rückblick auf die bisherige Arbeit des Expertenrates seit 2019 im Mittelpunkt. Der Expertenrat hat in den vergangenen fünf Jahren bereits 22 Sitzungen abgehalten und dabei Gäste wie den Präsidenten des Landesamtes für Schule und Bildung, das Demokratiezentrum, den Verfassungsschutz oder Vertreter der Kulturstiftung eingebunden. Der Beauftragte berichtete über konkrete Erfolge, darunter die Mitgestaltung der Förderrichtlinie „Weltoffenes Sachsen“, die sicherheitstechnische Unterstützung jüdischer Gemeinden, Bildungsprojekte zur Antisemitismusprävention,

die Einführung des Jüdischen Religionsunterrichts, die Begleitung der Meldestelle RIAS in Trägerschaft von OFEK e. V. sowie die Vorbereitung des Themenjahres „TACHELES – Jahr der jüdischen Kultur in Sachsen 2026“.

In der Sitzung wurden die Intensivierung des Austauschs in Bereichen wie Sport, Medien, Kunst und Kultur, die Ausweitung von Gedenkstättenfahrten für Schulklassen mit mehr Zeit für persönliches Erleben (etwa zum Thema „Nie wieder! – Was bedeutet das?“), die Nachhaltigkeit des Themenjahres über 2026 hinaus sowie Sensibilisierungsmaßnahmen für junge Polizeibeamte und die Bundeswehr diskutiert. Antisemitismus an Schulen und Hochschulen, die Strafbarkeit von Äußerungen wie „du Jude“ und die Rolle des Netzwerks jüdischer Hochschullehrender (NJH) waren ebenso Thema wie die polizeiliche Lage in Leipzig, wo pro-palästinensische Gruppen oft aggressiv auftraten und der Schutz kleinerer pro-israelischer Initiativen Priorität hatte. Der Expertenrat sprach sich einstimmig für die nahtlose Fortführung der Arbeit von OFEK e. V. / RIAS e. V. ab Oktober 2025 aus.

Die Sitzung am 4. September 2025 widmete sich schwerpunktmäßig dem Themenjahr „TACHELES“. Gäste aus dem Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus präsentierten das Konzept, die Inhalte und die Perspektiven. Dabei wurden auch die Herausforderungen bezüglich der Sicherheit, möglichen Eskalations-szenarien und die geplante Ausweitung der Internetseite zu einer dauerhaften Plattform für jüdische Kultur in Sachsen erörtert. Gespräche mit dem Innenministerium und OFEK e. V. zu einem Leitfaden für Veranstalter sowie die Erstellung eines praktischen Handbuchs zum Umgang mit antisemitischen Störfällen wurden angekündigt. Der Stiftungsdirektor der Kulturstiftung des Freistaates Sachsen, Prof. Dr. Manuel Frey, stellte das Förderprogramm „Jüdisches Leben in Kunst und Kultur“ vor, das seit 2023 Projekte zur Sichtbarkeit jüdischen Lebens unterstützt. Für das Jahr 2026 wurden rund 120 Anträge auf Förderung eingereicht. Diese wurden von einem Beirat sorgfältig geprüft und eine Auswahl getroffen. Gefördert wurden unter anderem zeitgenössische israelische Kunst in Dresden, Spuren jüdischer Unternehmer in Annaberg-Buchholz, Ausstellungen zu jüdischen Frauen in Europa und eine Graphic Novel zu Todesmärschen im Museum Waldenburg. Der Expertenrat diskutierte die Nachhaltigkeit, die Einbindung ländlicher Regionen und die Vermeidung von Absagen aus Sicherheitsgründen.

Aus den Gemeinden wurden aktuelle Entwicklungen berichtet. Unter anderem zum Baufortschritt der Synagoge Dresden, dem zunehmenden Antisemitismus an Schulen, über den neuen Rabbiner Michael Jedwabny der Jüdischen Gemeinde Chemnitz seit Juli 2025 sowie über die Herausgabe eines jüdischen Kalenders für das Jahr 5786.

Der Expertenrat wurde über eine Vertragsverlängerung mit OFEK e. V. zur Fortführung der Arbeit der Melde- und Beratungsstelle ab 1. Oktober 2025 und über den Sachstand zur erneuten Ausschreibung der Melde- und Beratungsstelle Antisemitismus in Sachsen informiert.

Der Expertenrat hat auch 2025 durch kritische Beratung, die Einbindung externer Expertise und konkrete Impulse maßgeblich zur Stärkung jüdischen Lebens und zur Bekämpfung von Antisemitismus beigetragen. Er unterstützt das Themenjahr „TACHELES“ aktiv und setzt sich für die Fortführung von Beratungsstrukturen wie der Melde- und Beratungsstelle Antisemitismus ein. Zudem unterstützt er Bildungs- und Kulturarbeit und trägt zur Sensibilisierung von Polizei, Lehrkräften und Verantwortungsträgern bei. Die Arbeit des Expertenrates bleibt ein unverzichtbarer Pfeiler der sächsischen Strategie für ein sichtbares, geschütztes und selbstverständliches jüdisches Leben im Freistaat.

## **Tagung der Gemeinsamen Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens (BLK) in Dresden**

In der Gemeinsamen Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens", die ihre Arbeit am 18. September 2019 aufgenommen hat, werden die Länder durch ihre Beauftragten vertreten. Das Gremium steht unter dem gemeinsamen Vorsitz des Bundesbeauftragten, gegenwärtig Dr. Felix Klein, und einer oder einem jeweils wechselnden Co-Vorsitzenden des Bundeslandes, das den Vorsitz in der Ministerpräsidentenkonferenz führt. Am 1. Oktober 2024 hat Sachsen den Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz und in diesem Zusammenhang auch den Co-Vorsitz der BLK übernommen.

Die BLK tagt jährlich im Herbst und im Frühjahr. Dabei findet eine Veranstaltung in Berlin und eine in dem jeweiligen Bundesland des Co-Vorsitzlandes statt. Die Sitzung findet an zwei Tagen statt, wobei der zweite Tag einem Arbeitstreffen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Beauftragten / der Geschäftsstellen vorbehalten ist.

Die BLK hat sich zu einer unverzichtbaren Plattform für strategischen Austausch, die Entwicklung und Festlegung gemeinsamer Standards und einer praxisorientierten Zusammenarbeit entwickelt. Die Länderbeauftragten und ihre Geschäftsstellen treffen sich, um Erfahrungen auszutauschen, Best Practices zu teilen und bundesweit abgestimmte Maßnahmen voranzutreiben.

Die Tagung am 5. Mai 2025 in Dresden bot dabei eine besonders intensive Gelegenheit, sächsische Initiativen und Herausforderungen in den nationalen Kontext einzubringen und gleichzeitig von den Entwicklungen in den anderen Bundesländern zu profitieren. In den Länderberichten wurde deutlich, wie vielfältig die Ansätze zur Förderung jüdischen Lebens und zur Antisemitismusprävention in den einzelnen Bundesländern sind – von der Stärkung von Hochschulstrukturen über innovative Bildungsformate bis hin zu Sicherheitskonzepten für jüdische Einrichtungen.

Sachsen konnte hier seine eigenen Erfahrungen einbringen, insbesondere die enge Verzahnung von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, die systematische Einbindung eines Expertenrates sowie die Vorbereitung dezentraler Projekte im Vorfeld des Themenjahres „TACHELES – Jahr der jüdischen Kultur in Sachsen 2026“.

Der Austausch machte einmal mehr klar, wie wertvoll es ist, erfolgreiche Modelle – etwa digitale Lernplattformen, interreligiöse Dialogformate oder die Verstetigung von Förderprogrammen – auf die spezifischen regionalen Bedingungen anzupassen und gemeinsame Herausforderungen wie Ressourcenknappheit oder administrative Hürden gemeinsam anzugehen.

Ein Schwerpunkt der Dresdner Tagung lag auf der Prävention von Antisemitismus in Bildung und Gesellschaft. Sachsen berichtete über praxisnahe Fortbildungen für Lehrkräfte, die Entwicklung interaktiver Materialien und die regionale Umsetzung von Projekten, die jüdisches Leben auch in ländlichen Räumen sichtbar machen. Gleichzeitig konnten neue Impulse aus anderen Ländern aufgenommen werden, etwa zu Zertifizierungsangeboten für Multiplikatoren oder zur Einbindung von Sport, Kultur und Wirtschaft in die Präventionsarbeit. Besonders gewinnbringend war die Vorstellung des Kompetenznetzwerks NET OLAM, das die Vernetzung und den Schutz jüdischer Friedhöfe bundesweit vorantreibt und damit ein konkretes Beispiel für praktische Solidarität über Ländergrenzen hinweg lieferte.

Die Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der Beauftragten erwies sich auch 2025 als entscheidender Mehrwert. In Workshops und Fachgesprächen wurden operative Themen wie die Umsetzung von Förderrichtlinien, die Koordination von Sicherheitsmaßnahmen und die Qualitätssicherung von Bildungsangeboten vertieft. Dieser kollegiale Austausch schafft eine nachhaltige Wissensbasis, die über einzelne Projekte hinauswirkt und die Arbeit auf Landesebene professioneller und effizienter macht.

Die Tagung 2025 in Dresden hat einen wichtigen Beitrag zur Stärkung jüdischen Lebens im Freistaat Sachsen geleistet. Sie hat es ermöglicht, eigene Erfolge wie die Vorbereitung des Themenjahres „TACHELES – Jahr der jüdischen Kultur in Sachsen“ sichtbar zu machen, von den Erfahrungen anderer Länder zu lernen und gemeinsame Strategien für eine wirksame Antisemitismusprävention weiterzuentwickeln. Gerade der offene, vertrauensvolle Dialog zwischen den Beauftragten und ihren Teams unterstreicht die Stärke des föderalen Systems: Vielfalt der Ansätze bei gleichzeitiger Abstimmung auf Bundesebene. Die Umsetzung der gemeinsam erarbeiteten Empfehlungen erfordert weiterhin ausreichende Ressourcen – insbesondere für kleinere Gemeinden und ländliche Regionen. Die BLK bleibt daher auch künftig ein unverzichtbarer

Motor für Koordination, Innovation und nachhaltige Zusammenarbeit im Kampf gegen Antisemitismus und für ein selbstverständliches jüdisches Leben in ganz Deutschland.

## **Zusammenarbeit des Beauftragten mit der Staatsregierung und dem Parlament**

Im Jahr 2025 wurde die Förderung jüdischen Lebens und die Bekämpfung sowie Prävention von Antisemitismus auf mehreren Ebenen der Staatsregierung konsequent weiterentwickelt und vertieft. Dabei wurde deutlich, dass eine nachhaltige Wirkung nur durch das Zusammenspiel von politischer Führung, parlamentarischem Engagement und einer handlungsfähigen Verwaltung erreicht werden kann.

Auf der Grundlage des Staatsvertrages mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden<sup>6</sup> wurde die institutionelle Förderung der jüdischen Gemeinden fortgeführt und damit eine grundlegende Stabilität der Gemeinden gewährleistet. Die finanzielle Absicherung der Gemeinden ist unverzichtbar, da sie religiöses Leben, soziale Arbeit und kulturelle Angebote überhaupt erst ermöglicht. Gleichzeitig wurde jedoch deutlich, dass diese Förderung vor allem den Status quo sichert. Für zusätzliche Aufgaben – etwa wachsende Sicherheitsanforderungen, psychosoziale Beratung nach antisemitischen Vorfällen oder den Aufbau neuer Bildungsangebote – reichen die bestehenden Mittel vielerorts nicht aus. Hier zeigt sich eine Lücke zwischen politischem Anspruch und finanzieller Realität.

Auf Ebene der politischen Führung setzte die Staatsregierung 2025 wichtige Zeichen. Der Ministerpräsident und mehrere Staatsministerinnen und Staatsminister nahmen an Gedenkveranstaltungen teil, besuchten jüdische Einrichtungen und bezogen öffentlich Stellung gegen Antisemitismus. Diese Sichtbarkeit ist für viele Gemeinden von großer Bedeutung, weil sie Rückhalt durch den Staat signalisiert, auch wenn die Besuche oftmals anlassbezogen sind. Eine stärkere regelmäßige Einbindung jüdischer Perspektiven in politische Entscheidungsprozesse jenseits von Gedenktagen ist bislang nur ansatzweise gelungen.

---

<sup>6</sup> Vertrag des Freistaates Sachsen mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden vom 7. Juni 1994 (SächsGVBl. S. 1346), der zuletzt durch den Staatsvertrag vom 9. Februar 2024 (SächsGVBl. S. 394) geändert worden ist.

In der Verwaltung konnten im Jahr 2025 Fortschritte bei der ressortübergreifenden Zusammenarbeit erzielt werden, insbesondere zwischen den Bereichen Inneres, Kultus und Kultur. Bildungsprogramme zur Antisemitismusprävention wurden ausgeweitet, Fortbildungen für Polizei und Lehrkräfte verstärkt angeboten. Dennoch zeigen Rückmeldungen aus der Praxis, dass diese Angebote nicht flächendeckend greifen. Gerade im ländlichen Raum Sachsens erreichen Präventionsmaßnahmen Schulen und Verwaltungen teilweise nur punktuell. Hier besteht weiterhin eine strukturelle Leerstelle zwischen urbanen Zentren und peripheren Regionen.

Der Sächsische Landtag war im Jahr 2025 ein wichtiger Ort parlamentarischer Auseinandersetzung zum Jüdischen Leben in Sachsen. Abgeordnete verschiedener Fraktionen haben sich sichtbar engagiert, sowohl in Plenardebatten als auch durch gezielte parlamentarische Instrumente. Im Herbst 2025 waren die Zahlen einer Kleinen Anfrage zu antisemitischen Straftaten in Sachsen (Drs. 8/3781)<sup>7</sup> für Abgeordnete der Anlass, konkrete Maßnahmen zur Stärkung von Ermittlungsbehörden, zur Prävention sowie zu Bildungsmaßnahmen zu fordern. Solche Anfragen tragen dazu bei, die Lage jüdischen Lebens faktisch zu erfassen und politische Entscheidungen datenbasiert zu legitimieren. Ergänzend dazu unterstützten Abgeordnete gezielt kulturelle Projekte und Gedenkveranstaltungen in ihren Wahlkreisen, führten Gespräche mit Gemeinden und vermittelten Fördermöglichkeiten. Auch der Landtagspräsident betonte in der Gedenkstunde am 27. Januar 2025 zum 80. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau, dass jüdisches Leben integraler Bestandteil Sachsens sei und Antisemitismus keine Chance haben dürfe.

Darüber hinaus wurde 2025 die Vorbereitung des Themenjahres „TACHELES – Jahr der jüdischen Kultur in Sachsen 2026“ intensiv vorangetrieben. Die Staatsregierung trug das Vorhaben ausdrücklich mit, koordinierte zwischen Ministerien, Kommunen, Kulturinstitutionen und zivilgesellschaftlichen Akteuren und förderte Pilotprojekte, Konzeptionsphasen und Netzwerkformate. Bereits im Juni 2025 stellte der Beauftragte im Kabinett den Fortschrittsbericht vor, der die frühzeitige Unterstützung als zentralen Baustein für die Planungssicherheit und kreative Prozesse hervorhob. Diese Vorbereitungen ermöglichten es, dass kleinere Gemeinden und ländliche Initiativen rechtzeitig

---

<sup>7</sup> [KlAnfr Ronald Pohle CDU 12.08.2025 Drs 8/3781](#)

eingebunden werden konnten, auch wenn der Zugang zu Fördermitteln für einige Akteure noch Hürden barg.

Nicht zuletzt spielte 2025 die Auseinandersetzung mit aktuellen antisemitischen Entwicklungen eine zentrale Rolle. In enger Abstimmung mit dem Sächsischen Staatsministerium des Innern und den Sicherheitsbehörden wurde die Sicherheitslage regelmäßig bewertet und angepasst. Gleichzeitig war es mir wichtig zu betonen, dass Sicherheit nicht allein polizeilich gedacht werden darf. Die Staatsregierung unterstützte daher auch Maßnahmen, die gesellschaftliche Resilienz stärken: politische Bildung, Demokratieförderung und klare öffentliche Positionierungen gegen jede Form von Judenhass.

Das Engagement der politischen Spitze, die parlamentarische Unterstützung durch engagierte Abgeordnete und die kontinuierliche Arbeit der Verwaltung verdienen nicht nur meinen ausdrücklichen Dank. Sie haben zusammen dazu beigetragen, jüdisches Leben in Sachsen zu stärken und Antisemitismus entschieden entgegenzutreten. Zugleich machen die strukturellen Leerstellen deutlich, dass kontinuierliche Berichterstattung, flächendeckende Prävention und die Einbindung jüdischer Perspektiven in politische Entscheidungsprozesse weiter ausgebaut werden müssen.

## **Anregungen an die Staatsregierung**

Der Beauftragte der Sächsischen Staatsregierung für das Jüdische Leben richtet an die Staatsregierung folgende konkrete Anregungen, die aus den Erfahrungen des Berichtsjahres 2024 und den laufenden Entwicklungen des Jahres 2025 hervorgehen.

Er bittet die Staatsregierung zu prüfen, ob der Schutz und die aktive Förderung jüdischen Lebens als Staatsziel in die Sächsische Verfassung aufgenommen werden können. Eine solche Verankerung würde ein unmissverständliches politisches Signal setzen und die historische Verantwortung Sachsens für die jüdische Gemeinschaft auch verfassungsrechtlich unterstreichen. Sie würde zugleich die Grundlage für eine langfristige und verlässliche Politik schaffen, die jüdisches Leben nicht nur schützt, sondern selbstverständlich als Teil der sächsischen Identität versteht und fördert.

Ein weiteres zentrales Anliegen ist die Einrichtung eines Informations- und Koordinierungsbüros des Freistaates Sachsen in Israel. Ein solches Büro könnte den bilateralen Austausch in Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und Bildung nachhaltig stärken und würde sich nahtlos in die bestehenden sächsischen Auslandsvertretungen einfügen. Es würde den direkten Zugang zu israelischen Partnern erleichtern, gemeinsame Projekte erleichtern und die Sichtbarkeit Sachsens in Israel erhöhen – ein Vorhaben, das sich an erfolgreichen Modellen anderer Länder orientieren könnte.

Weiterhin bittet der Beauftragte die Staatsregierung, das Vorhaben eines Deutsch-Israelischen Jugendwerks in Sachsen aktiv zu unterstützen und die Ansiedlung in Bautzen eingehend zu prüfen. Dieses Projekt würde jungen Menschen aus beiden Ländern nachhaltige Begegnungen ermöglichen und könnte auf bestehenden sächsischen Initiativen aufbauen.

Ein weiterer wichtiger Schritt wäre, das Ariowitsch-Haus in Leipzig als offiziellen Gedenkort in die Stiftung Sächsische Gedenkstätten aufzunehmen. Das Haus ist bereits heute ein zentraler Lern- und Erinnerungsort und trägt durch seine vielfältige Bildungs- und Kulturarbeit maßgeblich zur Sichtbarkeit jüdischen Lebens bei. Die formale Anerkennung würde seine langfristige Absicherung und seine Rolle als offizieller sächsischer Gedenkort stärken.

Der Beauftragte regt zudem an, die anteilige Grundfinanzierung des in Sachsen herausgegebenen interdisziplinären Magazins „Medaon“ zu prüfen. Als einziges frei zugängliches Medium für jüdische Lebenswelten in Geschichte und Gegenwart leistet es seit über zehn Jahren ehrenamtlich eine unverzichtbare Aufklärungs- und Bildungsarbeit, die weit über Sachsen hinausstrahlt.

Schließlich hält der Beauftragte die Einrichtung eines Registers zur Erfassung ehemals jüdischer Liegenschaften für dringend erforderlich. In Sachsen existieren zahlreiche Gebäude mit unbekannter jüdischer Vorgeschichte. Ein zentrales Register würde deren Geschichte systematisch dokumentieren, Konzepte zur Wieder-Sichtbarmachung erarbeiten und einen wichtigen Beitrag zur historischen Aufarbeitung leisten.

Erklärtes Ziel des Beauftragten bleibt zudem die Annahme der IHRA-Arbeitsdefinition durch die sächsische Staatsregierung. Die Annahme dieser international anerkannten Definition hat sich in zahlreichen Bundesländern – darunter Bayern, Nordrhein-Westfalen, Berlin und Baden-Württemberg – als wertvolles Instrument bewährt. Sie ermöglicht Behörden, Bildungseinrichtungen und der Zivilgesellschaft eine klare und einheitliche Unterscheidung zwischen legitimer Kritik an der Politik Israels und antisemitischen Äußerungen. In Sachsen würde die Annahme die Präventionsarbeit an Schulen und Hochschulen erleichtern, die Handlungssicherheit von Polizei und Justiz stärken und ein klares Signal gegen jede Form von Judenfeindlichkeit setzen – gerade im Kontext des Themenjahres „TACHELES – Jahr der jüdischen Kultur in Sachsen 2026“ und der anhaltenden gesellschaftlichen Polarisierung.

Diese Anregungen sind Ausdruck des gemeinsamen Willens, jüdisches Leben in Sachsen nicht nur zu schützen, sondern aktiv und nachhaltig zu stärken. Ihre Umsetzung würde den Freistaat weiter als verlässlichen Partner der jüdischen Gemeinden positionieren.

**Herausgeber:**

Beauftragter der Sächsischen Staatsregierung für das Jüdische Leben

Dr. Thomas Feist

Carolaplatz 1

Postfach 100910

01079 Dresden

<https://www.smk.sachsen.de/beauftragter-der-saechsischen-staatsregierung-fuer-das-juedische-leben-4124.html>

Grafik: ChatGPT

Dresden, Mai 2026